

Sachsen bleibt auf Bankrisiken sitzen

Die neuen Besitzer der Sachsen LB haben sich gegen alle Risiken abgesichert. Für den notleidenden Fonds Landesbank haftet weiter das Land. Die Bundesregierung will prüfen, ob die Aufsichtsbehörde BaFin korrekt gearbeitet hat

BERLIN/DRESDEN dpa/taz ■ Einen Tag nach dem Notverkauf der Sachsen LB ist die Bankenkrise für das Land Sachsen nicht ausgestanden. Nach einem Bericht von Welt Online bleibt das Land auch nach dem Verkauf auf den Risiken seiner irischen Tochterfirma sitzen. Papiere über 3,2 Milliarden Euro des Fonds Or-

„Wir prüfen, ob die BaFin ihrer Aufsichtspflicht nachgekommen ist“

mond Quay gelten als gefährdet, berichtet die Zeitung. Insgesamt verwaltet der Fonds 17,3 Milliarden Euro.

Die Sachsen LB war durch die Fehlspekulationen ihrer Tochter in Schieflage geraten und wurde am Sonntag von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) übernommen. Sie will die Sachsen LB Anfang 2008 in eine LBBW-Filiale umwandeln.

Allerdings hat sich die LBBW bei der Übernahme umfassend gegen Risiken abgesichert. So ist nach Angaben von Welt Online der Ormond Quay nicht Gegenstand des Kaufvertrages. Außerdem übernehme die LBBW die sächsische Landesbank zunächst nur als Treuhänder mit Rückgaberecht. Erst zum 31. Dezember 2007 soll der endgültige Kaufpreis unter Berücksichtigung der Jahresbilanz ermittelt werden. Sollte bis dahin das Eigenkapital der Sachsen LB durch die Risiken aufgebraucht sein, muss die LBBW den vereinbarten Kaufpreis von 300 Millionen Euro



Viele Hausbesitzer in den USA können ihre Kredite nicht zurückzahlen und müssen verkaufen FOTO: AP

nicht entrichten. „Als Soforthilfe hat die LBBW der Sachsen LB 250 Millionen Euro überwiesen“, sagte Baden-Württemberg Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU).

Erst vor einer Woche hatte die Sparkassen-Finanzgruppe der angeschlagenen Bank eine Kreditlinie über 17,3 Milliarden Euro gewährt. Die EU-Kommission forderte deshalb die Bundesregierung auf, sie bis Ende dieser Woche über den Kredit zu informieren, sagte am Montag ein Sprecher der EU-Behörde in Brüssel. Die Kommission wollte

damit prüfen, ob der Sachsen LB unzulässige staatliche Beihilfen zukommen.

Der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) musste sich am Montag gegen scharfe Kritik verteidigen. André Hahn, Fraktionschef der Linken im Dresdener Landtag, forderte den Rücktritt Milbradts und seines Finanzministers Horst Metz (CDU). „Hier geht es um Managementfehler und die politische Verantwortung des Ministerpräsidenten und seines Finanzministers“, sagte Hahn. Sachsens FDP-Landeschef Holger Zastrow

schloss sich der Rücktrittsforderung nicht an, forderte jedoch Aufklärung. „Die Opposition wird es nicht zulassen, dass Milbradts Regierung die Frage der Verantwortung für das Desaster unbeantwortet“ lasse, sagte Zastrow. Milbradt lehnte einen Rücktritt ab. „Wenn man ein Problem löst und Schaden vom Land

abwendet, dann ist es ein bisschen grotesk zu sagen, dafür musst du zurücktreten“, sagte Milbradt am Montag. Er räumte jedoch ein, dass die anstehenden Risiken erst in sechs bis acht Wochen beziffert werden können.

Kritik äußerte auch der Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, Claus Friedrich Holtmann. „Die Vorstände der Sachsen LB müssen sich fragen lassen, ob sie immer das Richtige getan“ hätten, sagte Holtmann am Montag. Ähnliches gelte auch für die Finanzaufsicht BaFin.

„Die Bundesregierung wird den Fall der Sachsen LB zum Anlass nehmen, um zu prüfen, ob die BaFin ihrer Aufsichtspflicht zur Genüge nachgekommen ist“, kündigte gestern Thomas Albig, Sprecher des Bundesfinanzministeriums, an.

Unterdessen reißt die Kreditkrise auch bei der zweitgrößten deutschen Landesbank immer größere Löcher: Bei der WestLB sind nach einem Bericht der Berliner Zeitung die Verluste infolge von Fehlspekulationen von 243 auf 500 Millionen Euro gestiegen. Einen Übernahmeinteressenten gibt es schon: „Die LBBW ist unverändert für eine Fusion mit der WestLB offen“, sagte der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Strattmann (CDU) am Montag in Stuttgart. TA

Stroh ist schuld an Vogelgrippe-Fall

ERLANGEN dpa ■ Versuchtes Stroh aus der Umgebung ist vermutlich die Ursache für die Vogelgrippe in einem Entenmastbetrieb im Raum Erlangen. „Die momentanen epidemiologischen Daten sprechen dafür“, sagte der Leiter des Veterinärämtes Erlangen-Höchststadt, Ottmar Fick, am Montag. Die genaue Herkunft des hochinfektösen H5N1-Virus sollen zwei Wissenschaftler des Friedrich-Loeffler-Instituts auf der Ostseelinsel Riems klären. Die beiden Epidemiologen seien auf dem Weg zum Geflügelhof in Wachenroth. Nach dem Auftreten der Vogelgrippe am Freitag waren bis zum Sonntagabend alle, nach neuesten Angaben 166.000 Enten des Betriebes getötet worden. Es war die bundesweit größte Entenkeulungsaktion. Nach Angaben von Veterinäroberrat Boris Lischewski sind auch andere Ursachen wie etwa das Futter für den Vogelgrippeausbruch denkbar, wenn auch unwahrscheinlich. „Man kann nichts ausschließen.“ Das Stroh, das aus der Region an den betroffenen Betrieb geliefert wurde, wurde nun von den Wissenschaftlern untersucht. Wann die Tests abgeschlossen sein werden, sei noch unklar, sagte Lischewski. Der Bund Naturschutz in Bayern forderte indes ein Ende der industriellen Massentierhaltung. Sie stelle ein weitaus höheres Risiko für die Verbreitung des H5N1-Virus dar als Zugvögel, erklärte die stellvertretende Landesvorsitzende Doris Tropper.

„Das Spiel ist jetzt vorbei“

Der Finanzmarktexperte Joachim Voth kritisiert das Engagement deutscher Banken bei US-Hypothekenanleihen und fordert, Geschäfte mit Hedge-Fonds stärker zu kontrollieren

taz: Herr Voth, wie kann es passieren, dass deutsche Banken in die Krise geraten, nur weil US-Hausbesitzer ihre Kredite nicht bedienen können?

Joachim Voth: Die US-Hypothekenbanken haben die Kredite für den Hauskauf nicht wie früher üblich einfach in ihren Büchern behalten, sondern sie gebündelt und weiterverkauft. Und weil sie dabei ihr eigenes Geld nicht riskiert haben, waren sie oft sehr großzügig bei der Vergabe – viele Leute bekamen Kredite, die sie sich nicht leisten konnten. Das Risiko ist dann über Hedge-Fonds und andere Spekulanten immer weiter gereicht worden. Viele Anleger legten sich diese Schrott-Anleihen ins Portfolio – auch deutsche Banken. Jetzt ist das Spiel vorbei.

Klingt nach Zocker-Pech. Um die Spekulation muss man sich kaum Gedanken machen. Die Leute haben vorher viel Geld verdient, das verlieren sie jetzt wieder. Diese Art von Umverteilung gehört zum Finanzmarkt dazu. Für die Wirtschaft wird es erst problematisch, wenn das Bankensystem angegriffen ist.

Gibt es dafür Anzeichen? In der Tat. An den Geldmärkten herrscht seit zwei Wochen Chaos, weil sich die Banken gegenseitig nicht mehr trauen. Niemand weiß, wo die Risiken aus dem US-Hypothekenmarkt gelandet sind. Auch wenn es nicht für alle Banken so dramatisch wird wie für die Sachsen LB, was nach der Rekapitalisierung quasi zum Zwangsverkauf kam – der Letzter der die Papiere im Portfolio hat, verliert massiv. Mir ist unerfindlich, warum deutsche öffentliche Banken meinen, sie seien der richtige Endabnehmer für US-Hypotheken-Risiken. Bei den

großen Privatbanken liegt das Problem anders: Sie besitzen wenige von den Schrott-Anleihen, aber sie haben oft hohe Kredite an hochspekulative Hedge-Fonds vergeben. Geraten diese ins Trudeln, überträgt sich das auch auf die Banken.

Inwiefern? Hedge-Fonds bringen nur wenig eigenes Geld mit. Stattdessen leihen sie sich bei Banken bis zu 100 Euro für jeden Euro der Anleger. Da muss nur ein klein bisschen was im Portfolio kippen, und schon werden die Banken nervös und drängen zum Verkauf. Passiert das bei ein paar großen Fonds, dann fallen die Preise von Anleihen und Aktien, die nichts mit den US-Hypotheken zu tun haben. Dann folgt die nächste große Verkaufswelle – ein riesiger Dominoeffekt.

Was kann man dagegen tun? Man müsste den Banken vorschreiben, mehr Eigenkapital vorzuhalten, wenn sie Kredite an Spekulanten wie Hedge-Fonds vergeben, 30 Prozent oder mehr – je nachdem wie transparent der Schuldner arbeitet. Dann wären die Banken mehr daran interessiert, Kredite vorsichtig zu vergeben. Und das Geschäft wäre deutlich weniger profitabel.

Auch die Bundesregierung

fordert mehr Transparenz für Hedge-Fonds.

Transparenz ist wie der Mutterschaftsschutz – für den sind immer alle. Das Problem sitzt tiefer, denn an reinen Transparenzbestimmungen kommt jeder kluge Anwalt vorbei. Mangelnde Transparenz muss teuer werden: durch höhere Kreditkosten. Man sollte bei den Banken ansetzen, die im Auftrag der Hedge-Fonds auf den Kapitalmärkten der OECD agieren. Im Gegensatz zu Hedge-Fonds, die in der Karibik registriert sind, lassen sie sich leicht regulieren.

Es scheint, als würden sich die Hedge-Fonds von selbst erledigen. Einer nach dem anderen meldet riesige Verluste. Das enorme Wachstum der Hedge-Fonds wird nach der Krise so nicht weitergehen. Viele Großanleger dachten, das wäre eine Gelddruckmaschine ohne Risiko. In der Krise haben sie bemerkt, was es bedeutet, in einen Hedge-Fond zu investieren: Das Geld liegt monate- oder jahrelang fest, und die Manager müssen noch nicht einmal offenlegen, was sie mit dem Geld machen und wie viel sie wirklich verdienen. Vielen Pensionsfonds und Versicherern wird erst jetzt klar, wie riskant „alternative Investments“ sein können.

Wie geht es jetzt weiter auf den Finanzmärkten? Mein Verdacht ist, dass die Märkte noch eine ganze Weile nervös bleiben werden. Dass die Notenbanken anders als früher diesmal die Zinsen senken wollen, ist eine gute Nachricht. Sie zeigen, dass sie das alte Spiel nicht mehr mitmachen und dass sie kein Interesse daran haben, die Leute zu belohnen, die dumme Risiken eingegangen sind. INTERVIEW: NIKOLAI FICHTNER

HANS-JOACHIM VOTH, 39, ist Professor an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona und forscht zu Fragen der Finanzmarktregulierung. Als Berater des Deutschen Gewerkschaftsbundes plädiert er für eine effektivere Regulierung von Hedge-Fonds und privaten Beteiligungsgesellschaften.

Sie wählen.

Wer soll den LeserInnenpreis der taz bekommen?

taz-Panter 2007

Der Preis für HeldInnen des Alltags



Die taz zeichnet Menschen aus, die sich in besonderem Maße ehrenamtlich einsetzen. Zwei taz-Panter werden vergeben, jeweils dotiert mit 5.000 Euro. Eine Jury wird ihnen davon vergeben. Den anderen, den Publikumspreis, bestimmen Sie! Wählen Sie unter den nominierten Projekten jenes, welches Sie am meisten überzeugt. Porträts der KandidatInnen finden Sie unter www.taz.de/panter.



Hartmut Kramer (52) hält vom Aussterben bedrohte Nutztiere auf seinem „Arche Hof“ und plant die Errichtung eines ökologischen Bildungszentrums.



Ursula Dorn (78) betreut Drogenabhängige und bietet ihnen mit der von ihr gegründeten Initiative „Schellack“ eine berufliche Perspektive.



Thomas Nicolai (56) gründete das Projekt „Tandem-Hilfen“ und verschafft damit sehbehinderten Menschen die Möglichkeit, Urlaub auf dem Fahrrad zu machen.



Irmgard Wutte (45) vertreibt mit einer Schülerfirma fair gehandelte kunsthandwerkliche Produkte aus Kenia. Der Erlös fließt zurück nach Afrika.



Helga Römer engagiert sich dafür, dass Gefangene Nahrung und Medien ihrer Wahl nutzen können, auch wenn es in dem Gefängnis nicht gibt.



Dr. Halima Alaiyan (64) gründete die Talat-Alaiyan-Stiftung, um Begegnungen zwischen deutschen, israelischen und palästinensischen Jugendlichen zu ermöglichen.



Monika Bitter (55) engagiert sich als „Berufswahlpatin“, berät Jugendliche, zeigt ihnen neue Perspektiven auf und sucht aktiv nach neuen Lehrstellen.



Ingrid (68) und Ronald (75) Vogt unterstützen und beraten seit über zehn Jahren Flüchtlinge und verhindern in zahllosen Fällen ihre Abschiebung.



Sebastian Klauer (24) und Philipp Glesing (23) leisten mit dem „Aktionsbündnis Courage“ aktive Aufklärungsarbeit gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Fax (030) 25 90 21 50 | E-Mail panter@taz.de | taz | „Panterpreis“ | Kochstraße 18 | 10969 Berlin | Nähere Informationen und Online-Abstimmung unter www.taz.de/panter. Spendenkonto: taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Berlin | Verwendungsziel: Spende taz-Panter

Alle Spenden, die auf unser Sammelkonto eingehen, werden zu gleichen Teilen unter denjenigen aufgeteilt, die den Panterpreis nicht gewinnen. die tageszeitung

MeinE HeldIn: Vorname | Name
 Straße | Haus-Nr.
 PLZ | Ort
 Telefon | E-Mail